

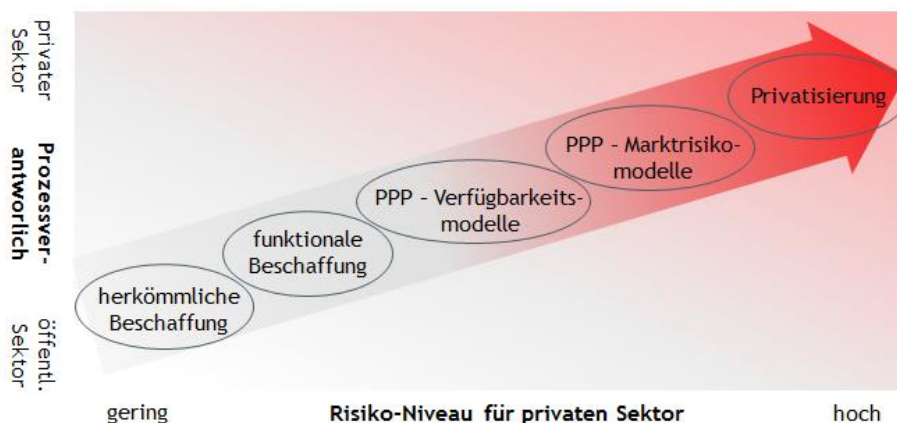
Kommentar Wirtschaftspolitik
2015/20 | 17. Juni 2015

Alternative Infrastrukturbeschaffung

Die gesamtwirtschaftliche Situation im EU-Raum und in Österreich gestaltet sich derzeit nicht einfach und auch die Investitionen gehen zurück: Laut Schätzungen der Europäischen Kommission wird in Europa um 300 - 370 Mrd. Euro zu wenig investiert. Österreich liegt mit dem Investitionsniveau zwar über dem EU-Durchschnitt, dennoch sind die Bruttoanlageinvestitionen um rund 3 Mrd. Euro bzw. 4 % unter jenen vor der Krise. Belebende Maßnahmen sind erforderlich, um das Investitionsklima zu verbessern und das Wirtschaftswachstum anzutreiben.

Die Ergebnisse des aktuellen WKÖ-Wirtschaftsbarometers, der größten Umfrage der gewerblichen Wirtschaft, zeigen, dass die österreichischen Unternehmen für die kommenden Monate eine stagnierende Entwicklung erwarten. Das Wirtschaftsklima liegt bereits zum siebenten Mal in Folge im negativen Bereich, wenngleich die Erwartungen erstmals über der Bewertung der bisherigen Lage liegen. Diese pessimistischen Aussichten, gepaart mit Bürokratiehürden, hohen Anforderungen bei der Erbringung von Informationsverpflichtungen und Auflagen sowie fehlenden Absatzmöglichkeiten auf dem heimischen Markt, stellen insgesamt Investitionshemmnisse dar. Zukunftsinvestitionen, zu denen neben Bildung und Forschung auch Infrastrukturen gehören - und die heute noch vorwiegend als öffentliche Aufgabe erachtet werden - sollen vermehrt auch für den privaten Sektor erschlossen werden, um Investitionsimpulse zu setzen und damit auch den Wirtschaftsstandort zu sichern und zu entwickeln. Investitionen in die Infrastruktur bedeuten Investitionen in die Zukunft. Hier können die Möglichkeiten der alternativen Infrastrukturbeschaffung ansetzen und Anreize für Investitionen und Innovationen in Bereichen einer traditionell öffentlichen Beschaffung setzen, die die Wirtschaft ankurbeln und den Wirtschaftsstandort Österreich noch attraktiver und wettbewerbsfähiger machen.

Alternative Infrastrukturbeschaffung ist nicht gleichzusetzen mit alternativer Infrastrukturfinanzierung und PPP ist keine Geldbeschaffungsquelle: Die öffentliche Hand muss auch bei einem PPP-Projekt Geld lukrieren (so es sich nicht um eine ausschließliche Nutzerfinanzierung handelt), die Risikoallokation - vom Finanzierungs- bis zum Marktrisiko - ist jedoch eine andere und das Risiko wird nicht alleine auf den Steuerzahler abgewälzt, sondern wird bei dem Projektpartner angesetzt, der am besten damit umgehen kann.



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

AutorInnen:

Dipl.-Ing. Thomas Feßl
+43 (0)5 90 900-4242
thomas.fessler@wko.at

Mag. Magdalena Niederwieser
+43 (0)5 90 900-4910
magdalena.niederwieser@wko.at

Die Möglichkeiten der alternativen Infrastrukturbeschaffungen sind vielseitig und reichen von Public Private Partnership (PPP) über die Einbindung von privaten Unternehmen und von institutionellen Investoren bis hin zu Project Bonds oder speziellen Formen der öffentlichen Ausschreibung. Solche Kooperationsmodelle von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft geben Unternehmen die Möglichkeit, sich an Projekten zu beteiligen, die anders nicht oder nur zeitverzögert realisiert werden könnten. Österreich als Wirtschaftsstandort leidet unter unzureichenden öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, was auch in internationalen Vergleichen erkennbar ist: Infrastruktur wurde in der Vergangenheit in den internationalen Wettbewerbsrankings stets als eine der Stärken von Österreich ausgewiesen. Im aktuellen IMD-Ranking (Juni 2015) ist Österreich in dieser Kategorie um vier Plätze auf Platz 20 zurückgefallen. „Investieren in die Infrastruktur“ bedeutet nicht nur den Erhalt von bestehenden Straßen- und Schienennetzen, sondern auch einen flächendeckenden Breitbandausbau, sichere Energieversorgung sowie kommunale Ver- und Entsorgung. Die Wirtschaftswelt erfährt dabei durch die zunehmende Digitalisierung eine tiefgreifende Veränderung, die realen Warenströme und die Lieferwege bleiben jedoch erhalten. Eine gut ausgebaute und leistungsfähige Infrastruktur ist daher nach wie vor eine Grundvoraussetzung für effizientes Wirtschaften.

Damit PPP und Co. zu einer attraktiven Möglichkeit der Infrastrukturbeschaffung mit privater Beteiligung werden, müssen die Rahmenbedingungen vereinheitlicht und das Risiko zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer ausgewogen verteilt werden. Beispielsweise beteiligen sich heute an PPP-finanzierten Infrastrukturprojekten hauptsächlich große Unternehmen. Unter entsprechenden Bedingungen können auch KMU vermehrt in diesen „Markt“ einsteigen und sich durch Zusammenschlüsse an PPP-Infrastrukturprojekten beteiligen.

Fact-Box zur alternativen Beschaffung:

- Risiko trägt jener, der dieses in seiner Verantwortung am besten beherrschen kann.
- Schaffung von Basisrahmen für Projektverträge reduzieren Zusatzkosten.
- Kontroll- und Steuerungsmöglichkeit der öffentlichen Hand sind gegeben (an anderer Stelle als bei traditioneller Beschaffung).
- Potential für mehr Effizienz und Innovation bei Errichtung und Betrieb sowie für volkswirtschaftliche Vorteile im Vergleich zur herkömmlichen Beschaffung.
- Vorteil für privaten Sektor: Frühere Verfügbarkeit von Infrastrukturen, potentiell höhere Qualität der Infrastrukturen sowie Möglichkeit einer mittel- bis langfristigen Investition und Rendite für ein breiteres Portfolio.
- Vorteil für die öffentliche Hand: Möglichkeit der Infrastrukturentwicklung ohne Belastung der öffentlichen Verschuldung (gemäß den Maastricht-Kriterien).

Einschätzung der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik:

Eine alternative Infrastrukturbeschaffung kann auch in Österreich zu einem Erfolgsmodell werden. Um diese stetig weiterzuentwickeln, müssen die Projekte thematisch und regional breit gefächert sein und Kompetenzen gebündelt werden. Beispielsweise können Gemeinden durch den Zusammenschluss zu „PPP-Units“ Fachwissen generieren und der Privatwirtschaft auf Augenhöhe bei den Vertragsverhandlungen gegenüberreten. Es ist wichtig, für alternative Wege der Infrastrukturbeschaffung offen zu sein, die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und diese attraktiv zu gestalten. Auf diese Weise können vermehrt Projekte realisiert und die Beschaffungsmodelle optimiert werden.

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung